

Verleger: ... Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722 ...

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden - K. 16, Seibestraße 40

Sächsische Volkszeitung

Wegbereiter: ... Preis: ...

Anzeigen: ...

Tageschau

In der Marienkirche in Hannover wurde am 14. März, dem Gedächtnistage des Todes Ludwig Windthorst's ein feierliches Requiem gehalten. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident und Vorgänger des Grafen Hertling Dr. Clemens Graf von Bodenwils ist im Alter von 72 Jahren in München gestorben. Bodewils war jahrelang bayerischer Gesandter in Rom und Wien. Bei der angelegten Untersuchung über die Verleumdungsaffäre des Reichsfinanzministers Hermann ist einwandfrei festgestellt worden, daß unzulässige Zuwendungen an Abgeordnete aus dem Geheimeschreibensfonds des Ernährungsministeriums nicht erfolgt sind. Wegen Unbotmäßigkeit wurden 42 Abiturienten der Kaiser-Wilhelms-Bildungsanstalt entlassen. Die Angelegenheit wird nächstens den Landtag beschäftigen, inzwischen hat der Minister das Verbleiben in der Anstalt bis zum Donnerstag veranlaßt. Die Deutsche Volkspartei hat eine Neuwahl des Fraktionsverbandes vorgenommen, danach ist erster Vorsitzender Dr. Stresemann, zweiter Dr. Becker, dritter Dr. Jast, vierter Abg. Reuther. Mit dem Dampfer „National“ hat der vierte Hilfstransport des Berliner Auslandsbüros für die Hungernden in Russland den Stettiner Hafen verlassen. Der Transport umfaßt annähernd 900 Tonnen und enthält u. a. die vollständige Ausrüstung für ein Kinderheim im Hungergebiet.

Windthorst's Testament in der Schulfrage

Von Ludwig Hermann Müller

Eine der heftigsten Fragen der Gegenwart ist die Schulfrage, ist die Frage, ob dem christlichen deutschen Volke die ihm aus Herz gewachsene konfessionelle Schule erhalten bleiben soll oder ob es den linksstehenden Parteien gelingt, die von ihnen mit aller Kraft erzielte konfessionelle Einheitschule durchzusetzen. Auch zu Windthorst's Zeiten war der Kampf um die christliche Schule heftig und heftig. Schon im Anfang des Kulturkampfes ging die Meinung davon aus, durch die Verträge des liberalen Kultusministers Dr. Hall den Einfluß der Kirche auf die Schule möglichst zu beschränken, so daß Windthorst und das Zentrum, besonders bei den förmlichen Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses im Februar 1872, mit aller Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung der christlichen Erziehung in der Schule eintraten. Der Kampf um die christliche Schule nahm auch später fast in jedem Jahre einen erheblichen Teil der Arbeitskraft des großen Zentrumsführers in Anspruch. Noch in den letzten Monaten seines Lebens mußte Windthorst den Rest seiner Kräfte anspannen, um die Annahme des kirchenfeindlichen Volksschulgesetzes zu verhindern, den der damalige Kultusminister von Gehler im Herbst 1890 im Abgeordnetenhause eingebracht hatte. Die Vorzüge der bei der Beratung dieses Gesetzeswurfs vertretenen, der Verfassungskonvention zu werden, weil Windthorst bei diesem Anlasse noch kurz vor seinem Tode ein hellleuchtendes Beispiel der aufopfernden Willkürlosigkeit gegeben und weil er gewissermaßen bei dieser Gelegenheit sein Testament in der Schulfrage verfaßt hat. Nach dem Grundzuge des Gehler'schen Schulgesetzentwurfes vom Jahre 1890 sollte die Volksschule, in der früher die Kirche ein Mitspracherecht gehabt hatte, gänzlich als reine Staatsanstalt festgelegt werden. Der Religionsunterricht sollte in der Schule nicht mehr im Auftrag der Kirche, sondern im Auftrag des Staates erteilt werden, wodurch einer unfruchtlichen Erziehung der Jugend Vorbehalt geleistet worden wäre. Derartige Bestimmungen konnten die gläubigen Christen weder auf katholischer noch auf evangelischer Seite zustimmen und besonders das Zentrum mußte alles aufbieten, um dieses für die christliche Jugend so schädliche Gesetz zu Fall zu bringen. Vor allen Dingen war es Windthorst, der trotz seines hohen Alters von 70 Jahren noch in den letzten Monaten und Wochen seines Lebens mit aller Unermüdlichkeit tätig war, um die der christlichen Schule drohenden Gefahren abzuwehren. Dieser Aufgabe hat er Gewissen und Leben zum Opfer gebracht, in diesem Kampfe ist er als Held gefallen. Bei den mehrwöchigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses leitete Windthorst in ausführlicher Weise dar, daß es sich für ihn um einen Kampf um die ganze christliche Weltanschauung handle, auf der die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung aufgebaut sei. Der vorgeschlagene Schulgesetzentwurf wolle jedoch die moderne Idee der unbeschränkten Staatsallmacht durchsetzen, welche er bekämpfen müsse. Man solle festhalten an der gemeinsamen Arbeit von Staat und Kirche in den Schulen, wie es früher in Preußen bestehendes Recht gewesen sei. Im Februar 1891 fanden darauf die anstrengenden Kommissionsberatungen statt. Trotz seiner starken Beanspruchung durch die Sitzungen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses sowie durch die Fraktionsarbeiten des Zentrums ließ Windthorst sich doch nicht abhalten, des Abends noch regelmäßig an den bis in die Nacht hinein dauernden Kommissionsberatungen teilzunehmen. Er war dabei der erste und der letzte, obgleich er fühlte, daß seine Kräfte einer solchen Anstrengung nicht gewachsen waren. Als am 23. Februar einer seiner Fraktionsgenossen ihm mitteilte, daß er sich krank fühle und an den nächsten Sitzungen daher nicht teilnehmen könne, erwiderte Windthorst ihm die erregten Worte: „Sie müssen kommen, alle meine Kampfgenossen müssen da sein. Die stehen mitten in der Schlacht. Ich selbst bin erschöpft bis zum Tode. Aber ich werde kommen und kämpfen, bis es mit mir vorbei ist. Wir müssen alle kämpfen, wenn wir auch alle fallen sollten.“ Und Windthorst erschien in der Nachmittags-Sitzung dieses Tages wie auch in den folgenden Kommissionsberatungen. Kurze Zeit darauf erkrankte er an einer heftigen Lungenentzündung, die sein erschöpfter Körper gar bald erlag. Am 14. März 1891 wurde der große Zentrumsführer seiner verdienstvollen Tätigkeit für Volk und Vaterland durch den Tod entzogen. Die vorstehenden denkwürdigen Worte unseres großen Helden an seinen Fraktionsgenossen sind als Windthorst'sches Testament zu bezeichnen: Wir müssen alle kämpfen, wenn wir auch alle fallen sollten.

Monarchie oder Republik?

J. Graf-Ganting, Landesleiterführer des Bayer. Zentrums, erklärt anlässlich der Gründung der neuen bayerischen Volkspartei, des Königsbundes „In Treue fest!“ an den Reichstagsabgeordneten der Bayerischen Volkspartei Dr. Heim einen offenen Brief, in welchem sich Graf in prinzipieller Weise über das viel umstrittene Problem äußert.

Die ungeheure, ins Unertragbare wachsende Not des arbeitenden deutschen Volkes einerseits und die immer offener und tiefer werdenden politischen Gegensätze im katholischen Lager — wohin führen sie? — andererseits, zerschlagene den Schritt, mich über Parteiverhältnisse hinweg, mich direkt an Sie als die mächtigste Persönlichkeit Bayerns zu wenden. Gestatten Sie mir daher ein offenes und in herzlichster Liebe geschriebenes Wort. Herr Geheimrat! Es ist meine innere Überzeugung: Ihre sozialpolitischen Bestrebungen führen Bayern und damit Deutschland auf geradem Wege ins Verderben. Vor Feststellung dieser Ansicht kann mich auch die Tatsache Ihrer demokratischen Politik der Vorkriegszeit und Ihrer großen Verdienste um die Befreiung der Bayern aus den Händen des Judentums nicht zurückhalten, sie kann im Gegenteil nur den Schmerz aller Herzen vergrößern, die in Ihnen einst den Führer sahen auf dem Wege zu einer wahrhaft christlichen Demokratie. Aus der Schwere des Vorwurfs resultiert die Verpflichtung, ihn auch zu beweisen. Sie, Herr Geheimrat Dr. Heim, haben sich mit Gründung Ihres bayerischen Königsbundes „In Treue fest!“ offen auf die Seite der Monarchie gestellt und der Reichsverfassung, der Republik und der Demokratie den Kelch erklärt. Sie vertreten den Gedanken einer Restauration des Königtums als der Wetterin aus den Wäldern unserer Zeit.

Herr Geheimrat! Daraus, daß Sie sich — und natürlich mit Ihnen auch die Massen der von Ihnen geführten bayerischen Bevölkerung — für den Kampf „Monarchie!“ entschieden haben, machen Sie die Spaltung des bayerischen Volkes zum Dauerzustand. Sie teilen dadurch das Volk in zwei Lager, die sich in bitterer Feindschaft so lange gegenüber stehen, bis der gegenseitig angehaßte Rindstich seine, vielleicht nur zu schmerzliche Entladung findet. Nichts können wir heute weniger brauchen als die Zersplitterung des christlichen Volkes in zwei feindliche Lager. Sie haben sich auf das Prinzip der Legitimität und erkennen die durch die Vorgänge vom November 1918 ausgelöste und durch die Nationalversammlung in Weimar bestätigte staatsrechtliche Veränderung nicht an. Verzeihen Sie: das Prinzip monarchischer Legitimität ist falsch, schon dem Grunde nach. Denn, einmal gab es doch eine Zeit, wo es noch keine Monarchie gab. Wir wollen die Frage, wie Monarchie entstanden sind, gar nicht weiter unterfragen — sehr zum Nutzen des monarchischen Gedanken — nur das sei festgestellt, daß der Rechtsmittel der Legitimität (woherstehend: nicht der Autorität!), nicht auf göttlichem oder naturgesetzlichem, sondern auf sehr, sehr menschlichen Grundlagen ruht.

Auch: Die Legitimität ist eine menschliche Einrichtung, die ihre zeitliche Begrenzung eben da findet, wo eine neue Legitimität ihren Anfang nimmt. Diese neue Legitimität hat für das deutsche Volk mit dem 31. Juli 1919, dem Tage der Annahme der Verfassung von Weimar, begonnen. Das deutsche Volk hat sich dadurch seine in freier Wahl gewählten Vertreter in seiner Weisheit für die republikanisch-demokratische Verfassung entschieden. Wir deutschen Katholiken haben die Revolution weder herbeigeführt noch gewollt. Die Revolution ist gekommen — einem überlebenden Dampfessel vergleichbar, dessen Warnungsschiffe man überhörte —, ohne unser Zutun. Man kann auch selbstverständlich sehr geteilter Meinung sein, ob die monarchische oder die republikanische Staatsform die bessere und zweckmäßigere ist. Man kann heute sich zur Republik bekennen, ohne daß man damit unter allen Umständen, unter allen Verhältnissen und allen Zeiten die Republik als die zweckmäßigere Staatsform ansieht. Wir bekennen uns im Zentrum deswegen zur Republik, weil sie legitim ist. In dieser Ansicht können wir uns auf die Mehr-

zahl der katholischen Theologen und Philosophen aller Zeiten, auf Thomas von Aquin, auf Leo XIII. wie auf Benedikt XV. stützen! Herr Geheimrat! Wenn Ihnen alle diese Gründe für die Unrichtigkeit des legitimistischen Prinzips zu schwach sind, dann erkennen Sie doch aus den Wirkungen seine Verfehrtheit. Wenden Sie in die Geschichte! Sehen Sie sich die legitimistische Bewegung in Spanien an und dann besonders jene in Frankreich. Was haben die französischen Legitimisten, seit ausschließlich Katholiken, in ihrem Jahrzehnte langen Kampfe gegen die Republik erzielt? Nichts, aber unheilbare Wunden haben sie mit ihren falschen Idealen dem Katholizismus geschlagen. Der Kampf gegen die Republik als Staatsform ließ sie vergessen, sich zu organisieren, ihre Reihen zu schließen. Die französischen Legitimisten sind die eigentlichen Schuldigen an dem entsetzlichen Kulturkampf, der die Kirche trennte vom Staate, die Kirchen und Klöster herabzie, den Priestern die Erziehungsmittel nahm und den Herrgott aus den Schulen entfernte, denn hätten sie, statt falschen Idealen nachzurennen, zusammengehalten und sich organisiert, dann wäre dem Atheismus, Freimaurern und Sektierern der Sieg nicht gelungen, zum mindesten wäre er ihnen nicht so leicht geworden.

Herr Geheimrat! Auch wir wollen keine Republik und keine Demokratie nach französischem Muster, keine Republik und Demokratie, wo die Vorse, das Sekterertum und der Atheismus forcompert und regiert. Wir wollen eine Republik, erfüllt mit christlichem Geiste und wollen eine christliche Demokratie. Weder Monarchie noch Republik hat an sich weder gut noch schlecht, der Geist ist's, der auch hier lebendig macht. Nehmen wir doch die heute soeben Form und erfüllen wir sie mit wahrhaft christlichem Geiste und mit wahrer Liebe zum Vaterland. Diese Liebe wird um so reiner glänzen, je mehr wir — die Führer — der Sache des klaffenden Volkes in Liebe und in Treue dienen. Haben wir nicht die jüdische Verantwortung auf uns, die politische Einheit des deutschen Katholizismus, der Deutschland und die Kirche so viel verbannt, zu erreichen, heute, wo allein der Katholizismus und das Christentum durch die in ihm liegenden sittlichen und sozialen Kräfte die arme Menschheit wieder herausführen kann aus dem Wahnsinn und dem Glibd unserer Zeit.

Nesek Görres, unser größter katholischer Publizist, hat einmal treffend gesagt: „Soll die Meinung eines Volkes etwas sein und bedeuten, dann muß sie notwendig sich erst befehlen haben: es muß Punkte geben, worauf sie sicher ruht und um die das allgemeine Einverständnis sich sammeln mag; es müssen Gewissheiten zur allgemeinen Anerkennung kommen, über die das Urteil niemals wankt und wechelt.“

Anerkennung der republikanisch-demokratischen Grundlagen der Verfassung von Weimar, heißt heute der Punkt, um den wir uns sammeln müssen, wenn wir wieder etwas bedeuten wollen in der Welt und wenn wir die anderen großen Fragen Parlamentarismus oder ständischer Aufbau, Föderalismus oder Unitarismus, Kleinbürokratie oder industrielles Gesellschaftsideal lösen wollen.

Herr Geheimrat Dr. Heim! Wir führen in den tiefsten Absicht, wenn wir weiter unser vom Reich umlauerndes Vaterland noch von innen heraus erschüttern eines Streites leerer Form willen. Das ist Wahnsinn, das ist Verbrechen am deutschen Volk und am deutschen Vaterland! Ich möchte Ihnen die Worte des englischen Geschichtsschreibers Macaulay ins Gedächtnis rufen: „Die Ursache aller Revolutionen ist die, daß während die Völker vorwärts schreiten, die Verfassungen stille stehen“, und Oeuvres sagt: „Revolution ist niemals in ihren tiefsten sittlichen Entwürfungen der Massen, sondern der Panfrol der Führung der führenden Schichten in ihrer eigentlichen Aufgabe und Verantwortung.“

Noch ist es Zeit, wenn auch fünf Minuten vor zwölf Stellen Sie den Kampf ein gegen die Staatsform, stellen Sie Ihre Kraft in den Dienst des werkschaffenden Volkes aller Stände, sprechen Sie das erlösende Wort von der Wiedervereinigung aller deutschen Katholiken auf dem Boden des christlichen Sozialismus, der bestehenden Verfassung und der einen großen christlichen Partei! Denken Sie an das Wort König Ludwig I. von Bayern: „Unüberwindlich ist das deutsche Land, Umschlungen von der Eintracht heiligen Vands!“

Deutsches Reich

Abgelehnte Haftentlassung in der Erzberger's Mordanwaltschaft

München, 15. März. Wie die „Münchner Neuesten Nachrichten“ erfahren, hat das Gericht in Offenburg in Baden die Haftentlassung des Münchner Rechtsanwaltes Dr. H. Müller, der unter dem Verdachte der Begünstigung der Ermordung Erzbergers stand, abgewiesen. Die Verwerfung der Beschwerde erfolgte, weil nach Ansicht des Gerichtes noch genaue Arbeit dazu erforderlich ist um weitere Aufklärung in dieser Hinsicht zu schaffen. Rechtsanwalt Dr. Müller wird gegen die Entscheidung des Offenburger Gerichtes Beschwerde einlegen.

Gegen die Ausgabe von Fünf- und Zehntausend-Markscheinen

Leipzig, 15. März. Die Leipziger Handelskammer hat sich gegen die angeordnete Ausgabe von 5000- und 10000-Mark-Scheinen ausgesprochen, weil dadurch die Mark noch mehr entwertet und die geschwundene Verschleppung von Warenwegen ins Ausland erleichtert und schließlich auch die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gehemmt würde.

Zur Siedlungsweesen auf der Mitteldeutschen Ausstellung 1922 in Magdeburg

Von den großen Wirtschaftsproblemen, ohne deren Lösung ein Wiederaufbau unmöglich ist, steht das der Siedlung und das der Wohnungswesen an erster Stelle. Die Kollisions „Siedlung“ auf

der Wima 1922 ist auf Grund der bisherigen Feldforschung leicht beweisbar von einem beträchtlichen Umfange, daß sie als eine selbständige Aufgabe aufgestellt werden muß. In den letzten Jahren hat die deutsche Wirtschaft sich in den Tälern des „Wirtschaftlichen Stillstandes“ und Wohnungsnotens gelöst sich ein reges Leben offenbart, der Öffentlichkeit ist in Wissen, was zur Erhebung und Ueberwindung der Wohnungsnot getan werden muß und welche nur Wege zu beider Seiten sind. Auf die Fragen der rationellen Wohnverhältnisse wird in diesem Zusammenhang mit Hinweisungen werden. Die Wohnungs-, Reichsbedürfnisse, Staatsverhältnisse sowie die Siedlungs-Gesellschaftlichen Verhältnisse der Auslösung entzogenbrachte Interesse hervorzuheben. In den ersten Stufen durch ihre Anmeldeung als Aussteller. In wie großem Maße dies geschieht, so in u. a. die folgenden Beispiele: Die Mitteldeutsche Siedlungs-, Wandlung besteht sich in einer Größe von 300 qm Ausstellungsfläche und die Wohnungswesen für Bergmannsiedlung sogar mit nahezu 600 qm.

In Interesse der zahlreichen Siedlungsfirmen wird es vorderer breiten Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie zu den besten und leistungsfähigsten gehören, denn nur die werden auf die Dauer die Führung behalten. Das gegebene Bild zur Veranschaulichung dieser Tatsache bietet die Mitteldeutsche Ausstellung. Während der viermonatigen Dauer der Wima hat das große Publikum Gelegenheit, einen Ueberblick über die gesamten Bestrebungen auf dem Gebiete der Siedlung zu gewinnen. So daß die Bestimmung der Ausstellung neben den idealen Zielen die beste Propaganda für alle am Siedlungs- und Wohnungswesen interessierten Verbände, Firmen und Einzelpersonen sein und insofern ihrer Aufklärungsleistung ihre Wirkung nicht verfehlen wird.